



Medienmitteilung

Akademien der Wissenschaften Schweiz äussern sich skeptisch zum Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier

Bund und Kantone haben 2007 die «Strategie eHealth Schweiz» verabschiedet. eHealth bezeichnet den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung im Gesundheitssystem; man erhofft sich davon eine Verbesserung der Abläufe und eine Vernetzung aller Beteiligten, d.h. von Patienten, Ärzten und weiteren Gesundheitsfachleuten. Die Strategie sieht auch die Ausarbeitung rechtlicher Grundlagen für die Einführung, Verbreitung und Weiterentwicklung eines elektronischen Patientendossiers vor. Die Akademien der Wissenschaften Schweiz äussern sich allerdings skeptisch zum Entwurf eines entsprechenden Gesetzes, den der Bundesrat im September 2011 veröffentlicht hat.

Bern/Basel, 20. Dezember 2011. Das neue Bundesgesetz trägt der Tatsache Rechnung, dass für die moderne Patientenbetreuung heute sehr oft mehrere Gesundheitsfachpersonen zuständig sind und Patientendaten entsprechend bei mehreren Gesundheitspersonen unabhängig voneinander erhoben und archiviert werden. Die freie Arztwahl begünstigt ebenfalls die Entstehung von Informationsinseln und damit die Wahrscheinlichkeit von Doppelspurigkeiten in Diagnostik und Therapie. Als Folge davon können die Qualität des Behandlungsprozesses leiden und unnötig höhere Kosten entstehen.

Als Ziel der Einführung des Patientendossiers werden die Verbesserung des Behandlungsprozesses, die Erhöhung der Patientensicherheit und die Steigerung der Effizienz im Gesundheitssystem aufgeführt. Die Akademien unterstützen vor diesem Hintergrund die Einführung eines elektronischen Patientendossiers. Ohne staatliche Intervention wird sich die flächendeckende Einführung eines einheitlichen, elektronischen Patientendossiers nur langsam realisieren lassen. Dies nicht zuletzt wegen der Unvereinbarkeit verschiedener elektronischer Systeme, der grossen Investitionskosten und des erst mittelfristigen Nutzens.

Allerdings wird die vorgesehene ‚doppelte‘ Freiwilligkeit, d.h. jene des Patienten und jene des Leistungserbringers, das hochgesteckte Ziel einer raschen, flächendeckenden Einführung des Patientendossiers erschweren. Namentlich die fehlenden Anreize für die Leistungserbringer respektive der administrative Aufwand und die jährlich wiederkehrenden Kosten werden die Umsetzung massiv verzögern.

Das ambitionöse Ziel, innert 5 Jahren eine kritische Masse von Nutzern zu erreichen, um eine rasche Etablierung des elektronischen Patientendossiers zu ermöglichen, scheint deshalb nicht erreichbar.

Die vorgesehene Erst-Zertifizierung und regelmässigen Re-Zertifizierungen sind mit einem enormen administrativen und finanziellen Aufwand insbesondere für die Gesundheitsfachpersonen in den Praxen verbunden. Dieser wird als hauptsächliche Bremse wirken, wenn es darum geht, das elektronische Patientendossier voranzutreiben. Um dem entgegen zu wirken, ist eine Anschubfinanzierung unabdingbar, und die Re-Zertifizierung ist auf ein Minimum zu beschränken, indem sie zum Beispiel an eine Praxisbewilligung gekoppelt ist.

Download der Stellungnahme unter:
www.akademien-schweiz.ch

Weitere Informationen unter:
www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik/10357/10360/index.html?lang=de

Kontaktadresse:

Dr. Hermann Amstad, Generalsekretär SAMW
Akademien der Wissenschaften Schweiz, c/o Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW), Petersplatz 13, 4051 Basel, Tel. 061 269 90 30, h.amstad@samw.ch

Die **Akademien der Wissenschaften Schweiz** sind ein Verbund der vier wissenschaftlichen Akademien der Schweiz: der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz SCNAT, der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften SAGW, der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften SAMW, und der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften SATW. Sie umfassen nebst den vier Akademien die Kompetenzzentren TA-SWISS und Science et Cité sowie weitere wissenschaftliche Netzwerke.

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz vernetzen die Wissenschaften regional, national und international. Sie vertreten die Wissenschaftsgemeinschaften sowohl disziplinär, interdisziplinär und unabhängig von Institutionen und Fächern. Ihr Netzwerk ist langfristig orientiert und der wissenschaftlichen Exzellenz verpflichtet. Sie beraten Politik und Gesellschaft in wissenschaftsbasierten und gesellschaftsrelevanten Fragen.